

## Pressemitteilung

DATUM Saarlouis, 22.08.2025  
SEITEN 2  
NUMMER

**Klaus Hoffmann**  
Beauftragter für  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 68 31 / 507 11 31

k.hoffmann@freie-waehler-saar.de

### **FREIE WÄHLER Saarland: Parteibuchwirtschaft in Neunkirchen muss sofort aufgeklärt werden**

Saarlouis. Die FREIE WÄHLER Saarland zeigen sich zutiefst besorgt über die wachsenden Skandale rund um Oberbürgermeister Jörg Aumann (SPD) und die Neunkircher Verkehrsgesellschaft (NVG). Neben dem Verdacht illegaler Parteispenden stehen auch mutmaßlich erzwungene SPD-Mitgliedschaften für eine Einstellung bei der NVG sowie eine „systemische Selbstbedienung“ im Raum. Solche Praktiken sind inakzeptabel und untergraben das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung.

„Es ist unerträglich, dass Posten und Aufträge offenbar nicht nach Qualifikation, sondern nach Parteibuch vergeben werden“, erklärt Uwe A. Kammer, FREIE WÄHLER Saarland. „Die Vorwürfe der Nötigung zum Parteibeitritt, um eine Anstellung zu erhalten, sind erschütternd und müssen lückenlos aufgeklärt werden.“

Die Folgen sind gravierend: Die Verwaltung verliert an Kompetenz, Beschäftigte werden unter Druck gesetzt und in politische Abhängigkeit gebracht.

Die FREIE WÄHLER Saarland fordern deshalb:

- **Sofortige und umfassende Aufklärung** aller Anschuldigungen, einschließlich der Parteispendenaffäre.
- **Konsequente Ermittlungen** der Staatsanwaltschaft, um das Ausmaß des Filzes offenzulegen.
- **Personelle Konsequenzen**, sollten sich die Vorwürfe bestätigen.
- **Überprüfung der Vergabepaxis** in Stadtverwaltung und NVG, damit Posten und Aufträge nach dem Prinzip der Bestenauslese vergeben werden.

„Den Verantwortlichen fehlt es offensichtlich an Verantwortungsbewusstsein und Demut vor dem Amt“, so Kammer weiter. „Statt im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, betreiben sie Parteifilz und riskieren das Vertrauen in die Politik.“

Die FREIE WÄHLER Saarland stehen für Transparenz, Bürgernähe und Ehrlichkeit. „Wir erwarten von Staatsanwaltschaft, Stadtrat und Landesregierung entschlossenes Handeln, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln wiederhergestellt wird“, betont Kammer abschließend.